

"Nordeuropa und die EWG" in Luxemburger Wort (18. Oktober 1972)

Quelle: Luxemburger Wort. Für Wahrheit und Recht. 18.10.1972, n° 240; 125e année. Luxembourg: Imprimerie Saint-Paul.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"nordeuropa_und_die_ewg"_in_luxemburger_wort_18_oktober_1972-de-e124167d-c7ce-43dc-90c8-1aa55d7ec7d5.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 18/09/2012

Nordeuropa und die EWG

Von Rainer Gatermann

Mit den beiden Volksabstimmungen in Dänemark und Norwegen ist die EWG-Frage in Nordeuropa keineswegs ad acta gelegt worden. Das Bestreben der Sechser-Gemeinschaft, die Zusammenarbeit in Westeuropa auszuweiten, hat in Skandinavien Unruhe geschaffen. Die Ereignisse der letzten Wochen und Monate und nicht zuletzt die Resultate der Referenden werden zwangsläufig zu einem Überdenken der wirtschaftlichen und politischen Position Nordeuropas führen müssen. Zwar ist der seit 1949 geltende Status quo in seinen Grundfesten erhalten geblieben, es sind jedoch neue Akzente gesetzt worden, die sowohl Einfluß auf das skandinavische Verhältnis zu seinen Nachbarn als auch auf die innernordische Zusammenarbeit haben werden. Welchen tiefen Einschnitt die EWG-Frage hier verursacht hat, kann man daran erkennen, daß sie - zwar aus unterschiedlichen Gründen - in allen nordeuropäischen Ländern mit Ausnahme Islands zu Regierungswechseln geführt und einige Regierungskrisen zur Folge hatte.

Als sich Ende 1969 Schwedens damaliger Ministerpräsident Tage Erlander sowohl von seinem Posten als Regierungschef als auch vom Parteivorsitz zurückzog und das Ruder an Olof Palme übergab, wäre niemand auf den Gedanken gekommen, hinter diesem Wechsel die EWG zu sehen, immerhin war Erlander 21 Jahre lang Ministerpräsident gewesen. Er selbst war es, der vor wenigen Wochen aus Anlaß der Veröffentlichung seiner Memoiren erklärte, daß die bevorstehenden Verhandlungen mit der Gemeinschaft mit ausschlaggebend für seinen Rücktritt zu diesem Zeitpunkt gewesen seien. Mit ihrer Aufnahme sei für Schweden eine neue Epoche angebrochen und er habe es für richtig gehalten, die nun zu treffenden politischen Entscheidungen der neuen Generation zu überlassen.

Die finnische sozialdemokratische Minoritätsregierung fühlte sich nicht stark genug, um dem Parlament das in Brüssel ausgehandelte Abkommen zur Ratifizierung vorzulegen. Das Kabinett Paasio trat zwei Tage vor der Unterzeichnung zurück. Jetzt sind Fachleute in Helsinki bei der Arbeit, die Auswirkungen des EWG-Abkommens, das sich auf einen reinen Handelsvertrag beschränkt, auf die finnische Wirtschaft und Politik zu untersuchen. Erst dann und wenn man sich beim östlichen Nachbarn vergewissert hat, daß gegen ein vertraglich geregelter Handel mit der EWG keine Bedenken bestehen, wird Helsinki in Brüssel unterschreiben. Es ist keineswegs gesagt, daß es so weit kommt.

Am vergangenen Samstag trat Norwegens Ministerpräsident Trygve Bratteli zurück. Eine direkte Folge der ablehnenden Haltung der Bevölkerung zum EWG-Beitritt. Sie hat das Land in eine politische Krise gestürzt, deren Ausgang ungewiß ist. Auch wenn es dem in Kulturfragen außerordentlich konservativen Lars Korvald gelingen sollte, eine Regierung zu bilden, so verfügt sie bestenfalls über etwa 40 der 150 Parlamentsstimmen. Hinzu kommt, daß sogar seine eigene Partei in der EWG-Frage gespalten ist, und in Oslo ernsthaft die Frage gestellt worden ist, ob Korvald überhaupt in der Lage sein wird, alle Ministerposten mit kompetenten Leuten zu besetzen. Norwegens Parlamentarismus wird voraussichtlich erst wieder nach den Wahlen im nächsten Jahr voll aktionsfähig sein.

Die Situation des dänischen Ministerpräsidenten Jens Otto Krag ließe sich in gewisser Hinsicht mit der Tage Erlanders vergleichen. Beide wollten die Macht vor dem Eintritt in eine neue Epoche aus ihren Händen legen. Krag hat ohne Zweifel den richtigen Augenblick gefunden, auch wenn in den mittel- und westeuropäischen Ländern verwundern mag, daß ein 58jähriger der Ansicht ist, sein politisches Werk schon vollbracht zu haben und sich deshalb von der aktiven Politik zurückziehen möchte.

Die zuvor so viel gelobte nordische Einigkeit ist, zumindest was die Beziehungen zur EWG anbetrifft, nicht zum Tragen gekommen, und es hat auch den Anschein, als ob sich künftig keine gemeinsame Linie finden läßt. Der vom dänischen Handelsminister Nørgaard gemachte Vorschlag, das in Oslo provisorisch etablierte nordische Sekretariat nach Kopenhagen zu verlegen und es als Kontaktorgan zwischen der EWG und Skandinavien mit Dänemark als Vermittlerstation auszubauen, stieß auf wenig Gegenliebe. Schweden, das gerne als Wortführer Skandinaviens aufgetreten wäre, und Finnland, das in Dänemark noch nie allzu großes Vertrauen gesetzt hat, werden kaum damit einverstanden sein, daß ihr südlicher Nachbar in Brüssel das Wort führt. So weit gehen die Gemeinsamkeiten nun doch nicht.

Überhaupt ist es schwer, neue Möglichkeiten der nordischen Zusammenarbeit zu sehen, vor allem was die Wirtschaft anbetrifft. Kurz vor dem dänischen Referendum brachte Finnlands Ministerpräsident Kalevi Sorsa den Nordek-Gedanken, eine nordische Wirtschaftsgemeinschaft, wieder ins Spiel, obgleich er das Wort nicht nannte. Immerhin war es Finnland gewesen, das vor zwei Jahren diesem Vorhaben zunächst zugestimmt und es dann durch Verweigerung seiner Unterschrift zu Fall gebracht hatte.

Der Norden wird auch künftig zusammenarbeiten. Es wäre jedoch illusorisch zu glauben, daß hier eine Alternative zur EWG geschaffen oder eine Mini-EFTA aufgebaut werden könnte. Man hat so viel über Zusammenarbeit geredet, oft hat es sich dabei aber lediglich um Gedankenspielerien gehandelt oder es mangelte an der Courage, konkrete und bindende Beschlüsse zu fassen. Jetzt, nachdem Dänemark Ja zur EWG gesagt hat, werfen ihm die skandinavischen Brüder in gewisser Hinsicht Untreue vor. Sie hätten viel lieber am Norden-Gedanken gemeinsam mit Dänemark weitergesponnen. Nun hat sich Dänemark neuen Partnern zugewandt und die Zurückgebliebenen müssen nach neuen Spielregeln suchen.

Trotz allen Widerstandes, der seitens der skandinavischen Länder dem Gemeinsamen Markt entgegengebracht worden ist, bekommt man hin und wieder den Eindruck, als ob man sowohl in Schweden als auch in Finnland und Norwegen etwas neidisch auf Dänemark sieht, das gewagt hat, den nordischen Rahmen zu sprengen und außerdem jetzt zu seinen skandinavischen Nachbarn in ein neues Konkurrenzverhältnis tritt. Etwa 100 schwedische Unternehmen sollen sich mit dem Gedanken tragen, sich in Dänemark niederzulassen. Selbst norwegische Fischer, die heftigsten Gegner einer norwegischen EWG-Mitgliedschaft, haben in Dänemark angefragt, ob sie dort ihre Fänge landen dürfen, um die EWG nicht ganz als Markt zu verlieren. Das vom Gemeinsamen Markt ernstgemeinte Angebot zur Erweiterung der Gemeinschaft hat Nordeuropa aus dem Schlaf gerissen. Trotz zehnjähriger Diskussion war man schlecht vorbereitet. Es besteht jetzt die Gefahr, daß der Abstand zwischen der erweiterten EWG und Skandinavien größer wird als er zu Zeiten der EFTA war. Dänemark kann in dieser neuen Konstellation auch nur die Rolle einer Behelfsbrücke übernehmen.